

Anschlag der Behler-Clement-Fraktion

Lehre wie im 19. Jahrhundert



Vor zwei Jahren erließ Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD) den so genannten Qualitäts-pakt, der die Streichung von landesweit 2000 »wissenschaftsnahen« Stellen bedeutete, davon 146 an der Universität Köln. Trotz der Aufforderungen von studentischen Vollversammlungen an Rektorat und Dekanate, sich dieser Zumutung zu widersetzen, legten diese Ende 1999 der Landesregierung ihre selbst erarbeiteten Kahlschlagpläne vor. Während viele Fachschaften und die AL auf dem Albertus-Magnus-Platz dagegen eine Protestkundgebung durchführten, konferierte der Uni-ASTa hinter verschlossenen Türen mit Rektorat und MinisteriumsvertreterInnen.

Der von Behler ernannte »Expertenrat« (ER) aus WirtschaftsvertreterInnen, RektorInnen und Verwaltungsbeamten veröffentlichte am 20. Februar 2001 seinen Abschlussbericht über die NRW-Hochschulen. Die Vorschläge des Berichts kreisen vor allem um die Streichung von Studiengängen, die Abschaffung der Lehramtsausbildung in ihrer bisherigen Form, die Einführung von Bachelor- und Master-Kurzstudiengängen und die Verstärkung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen.

So sollen an der Philosophische Fakultät mehrere kleinere Fächer entfallen. Die Heilpädagogische Fakultät (HPF) solle entweder zugunsten der Heilpädagogik-Abteilung an der Universität Dortmund geschlossen oder aber verkleinert an die Erziehungswissenschaftliche Fakultät (EWF) bzw. Medizinische Fakultät angeschlossen werden.

Dafür soll die Universität Köln nach der wahrscheinlichen Schließung der Lehramtsstudiengänge in Bonn, Aachen und Düsseldorf die zusätzlichen StudienbewerberInnen aufnehmen. Selbstverständlich wird es dafür weder neue Stellen geben, noch werden angekündigte Stellenkürzungen rückgängig gemacht.

Statt mit Widerstand reagiert die Universität mit weiteren Kürzungen: Bibliotheken bleiben geschlossen, Seminarbüros reduzieren ihre Öffnungszeiten. Besonders betroffen sind die beiden pädagogischen Fakultäten (ehemals PH/AfH), die seit ihrer Zwangsintegration in die Universität 1980 nur die Hälfte der Mittelzuwendungen der

»alten« Fakultäten erhalten. An der Philosophischen Fakultät und anderswo werden öffentlicher und universitärer Raum privatisiert und kommerzialisiert (Ladenzeile, Werbeflächen). Für Unternehmen interessante Initiativen werden unterstützt, das für eine wissenschaftliche Grundqualifikation wichtige Schreibzentrum aber nicht. Hingegen ist genug Geld da, um für Überwachungs- und technische Sicherheitsanlagen (u.a. Videoüberwachung) im laufenden Haushaltsjahr 2,5 Millionen Mark auszugeben.

Die LehrerInnenausbildung soll in ihrer bisherigen Struktur – mit der angestrebten Integration von Pädagogik, Fachdidaktik und Fachwissenschaft sowie praktischen Elementen – zerstört werden. Es soll umgestellt werden auf ein Bachelor-Studium: Nach einem fast ausschließlichen Fachstudium – wobei gerade mal pädagogisch-didaktisches Halbwissen vermittelt wird – sollen pädagogisch-didaktische Inhalte im Wesentlichen erst Bestandteil des Master-Studiums sein (»Konsekutives Modell«). Der auf sechs Semester angelegte Bachelor wird zu einer Entprofessionalisierung pädagogischer Arbeit führen; Pädagogik soll nur noch ein paar Grundfertigkeiten zum »lebenslangen Lernen« vermitteln. Renommierte SchulforscherInnen befürchteten daraufhin, dass die Vorschläge des Expertenrats auf eine »Reanimation des Lehrerseminars aus dem 19. Jahrhundert« hinauslaufen (Frankfurter Rundschau, 20. Juni 2001).

Auch die anderen akademischen Qualifikationen (Magister, Diplom) sollen in NRW abgeschafft werden und an deren Stelle maximal sechssemestrige Bachelor-Angebote treten mit der Möglichkeit, anschließende Master-Studiengänge zu absolvieren. Das Bachelor-Studium soll sich auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen bzw. Verhaltensanforderungen und einigen Überblicks-Fachqualifikationen beschränken. Ihm soll dann in der Regel ein *training on the job* oder ein Master- bzw. ein späteres Weiterbildungsstudium folgen. Für die zweite, zulassungsbeschränkte Etappe könnte dann zur Kasse gebeten werden: »Das Land sollte die Rechtsgrundlage zu einer Abgrenzung zwischen weiterbildenden, gebüh-

renpflichtigen Master-Studiengängen und gebührenfreien Master-Studiengängen schaffen« heißt es im Abschlussbericht.

Mit den Bachelor-Abschlüssen wird die Masse der StudentInnen in eine Kurzausbildung abgeschoben werden, um damit Ressourcen für exklusive Elitestudien freizumachen. Fachbereiche, denen eine solche »Straffung« des Studiums gelingt, sollen durch eine »leistungsorientierte Mittelvergabe« belohnt werden, d.h. je mehr Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit, desto mehr Mittelzuweisungen.

Der Qualitätspakt bedeutet für alle StudentInnen einschneidende Änderungen. Für viele ist unklar, ob und wie sie ihr Studium zu Ende führen können. Um das zu verhindern, ist es notwendig, weiterhin Widerstand auf die Beine zu stellen, um diese Pläne durcheinander zu bringen.

Dieter Asselhoven

Kampf dem Qualitätspakt

An den beiden pädagogischen Fakultäten kam es im Sommersemester 2001 zu ersten Reaktionen der DozentInnen auf die Kürzungsvorschläge des ExpertInnenrats: Sie begrenzten ihre Seminare auf 35 TeilnehmerInnen und nahmen keine Prüflinge mehr an. Dies verschlimmerte die katastrophale Studiensituation noch weiter. AfH-ASTa (jetzt StV HF) und PH-ASTa beriefen daraufhin im April 2001 eine Vollversammlung ein, auf der sich zahlreiche Aktionsgruppen bildeten. Am 3. Mai, dem *dies academicus*, gelang es 300 StudentInnen, die Festveranstaltung zu stürmen und auf die Folgen des ExpertInnenratgutachtens für die Forschung und Lehre aufmerksam zu machen.

Am 22. Mai wurden alle Lehrveranstaltungen der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät (EWF) und Heilpädagogischen Fakultät (HPF) auf die Donplatte verlegt, was zu großer Aufmerksamkeit in der Presse führte. Auf einer Vollversammlung an der Philosophischen Fakultät am 30. Mai wurde eine Zusammenarbeit der Fakultäten beschlossen.

Schließlich wurde der Druck auf das Rektorat so hoch, dass zum Semesterende doch noch einmal Mittel in Höhe von 500.000 Mark flossen. Sie stopfen zwar noch lange nicht alle Finanzlöcher, würden aber nach dem Kalkül des Rektorats die StudentInnen ruhigstellen. Festzuhalten ist, dass diese milde Gabe nur für die EWF bestimmt war, alle anderen gingen leer aus.

Die Lage ist unverändert schwierig. An der Überfüllung der Lehrveranstaltungen, den limitierten Seminarlisten und den überlasteten HochschullehrerInnen hat sich nichts geändert. Das Geld war nur ein Almosen für Bibliotheken und Lehrmittel. An der chronischen Unterversorgung wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern.

Die Alternative Liste und die vielen auf der AL-Liste kandidierenden FachschafterInnen haben sich gemeinsam mit anderen basisdemokratischen Gruppen aktiv an den Protesten beteiligt und sie mit in Gang gesetzt.

Unser Einsatz für diese existenziellen studentischen Interessen blieb allerdings im StudentInnenparlament ergebnislos, weil es seitens der rechten Mehrheitsfraktionen und des Uni-ASTa keinerlei Unterstützung gab. Im Gegenteil: Auf einer Sitzung des StudentInnenparlaments (SP) kurz nach der erfolgreichen Aktion bei der Uni-Jahresfeier »prangerte er das Verhalten der protestierenden Studierenden an«, wie im Protokoll der entsprechenden SP-Sitzung nachzulesen ist.

Liisa Jaekel

Der AKJ stellt sich vor

Der Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AKJ) ist eine Gruppe von Jurastudierenden, DoktorandInnen und ReferendarInnen, die vor allen Dingen das Anliegen eint, der kritiklosen Wissensvermittlung der Jurausbildung in Eigeninitiative etwas entgegenzusetzen.

Jura ist ein hochpolitisches Fach – hinter jedem Gesetz, hinter jedem Urteil und hinter jeder Auslegung steht ein Widerstreit von Interessen, der wertend entschieden werden muss. Diese politische und soziale Dimension wollen wir nicht totschweigen, sondern uns damit auseinandersetzen. Die fortschreitende Reduktion der juristischen Ausbildung auf das reine Handwerk sehen wir demgegenüber als Gefahr an.

Aus diesen Gründen will der AKJ ein Forum für die rechtspolitische Diskussion außerhalb des offiziellen Ausbildungsangebotes der Uni-

versität bieten. Zu Beginn eines Semesters wird gemeinsam ein Schwerpunktthema bestimmt, zu dem die einzelnen AKJ-Mitglieder oder »externe« ExpertInnen Referate vorbereiten. Die Themen der letzten Jahre waren u.a. Europa, Frauen und Recht, Recht im Nationalsozialismus, Demokratie und Volkssouveränität, Umweltrecht, Sozialstaat, Rassismus, Rechtsradikalismus, Ideen der Rechtsgeschichte.

Die inhaltliche Arbeit ist jedoch nicht alles, womit der AKJ sich beschäftigt: Durch die Teilnahme an den jährlichen Gremienwahlen versuchen wir, eine Alternative zu den konservativen bzw. rein serviceorientierten Hochschulgruppen zu bieten.

Übrigens: Über neue Gesichter freuen wir uns immer!